

28. 09. 89

Wi

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 13. Juni 1989
der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen**

A. Zielsetzung

Vertiefung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch die Förderung und Schutz gegenseitiger Kapitalanlagen.

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Direktinvestitionen, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Nichtdiskriminierung und Meistbegünstigung, Enteignungsschutz und Entschädigungspflicht sowie gerichtlichen Rechtsschutzes und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Fristablauf: 10. 11. 89

29. 09. 89

WI

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 13. Juni 1989
der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen**

Bundesrepublik Deutschland

Der Bundeskanzler

121 (421) – 651 09 – Ka 63/89

Bonn, den 29. September 1989

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von
der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 13. Juni 1989 der Bundes-
republik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

mit Begründung und Vorblatt.

Der Wortlaut des Vertrages und des zugehörigen Protokolls in deutscher und
russischer Sprache sowie eine Denkschrift zum Vertrag sind beigelegt.

Der Gesetzentwurf ist von dem Bundesminister für Wirtschaft und dem
Bundesminister des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Kohl

Fristablauf: 10. 11. 89

**Entwurf
Gesetz
zu dem Vertrag vom 13. Juni 1989
der Bundesrepublik Deutschland
und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates
das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 13. Juni 1989 unterzeichneten Vertrag der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Vertrag der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Договор Федеративной Республики Германии и Союза Советских Социалистических Республик о содействии осуществлению и взаимной защите капиталовложений

Die Vertragsparteien —

Договаривающиеся Стороны,

in dem Wunsch, die beiderseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen,

желая углублять взаимное экономическое сотрудничество,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für gegenseitige Kapitalanlagen zu schaffen,

strebend, günstige Bedingungen für gegenseitige Kapitalanlagen zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung dieser Kapitalanlagen und ihr Schutz auf der Grundlage dieses Vertrags zur Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Initiative in diesem Bereich dienen werden —

сознавая, что содействие осуществлению этих капиталовложений и их защита на основе настоящего Договора будут способствовать дальнейшему развитию экономической инициативы в этой области,

haben folgendes vereinbart:

договорились о нижеследующем:

Artikel 1

Статья 1

(1) In diesem Vertrag

1. В настоящем Договоре

a) umfaßt der Begriff „Kapitalanlage“ alle Arten von Vermögenswerten, die der Investor der einen Vertragspartei im Gebiet der anderen Vertragspartei gemäß deren Rechtsvorschriften anlegt, insbesondere

a/ Термин „капиталовложение“ охватывает все виды имущественных ценностей, которые инвестор одной Договаривающейся Стороны вкладывает на территории другой Договаривающейся Стороны в соответствии с ее законодательством, в частности:

- Eigentum sowie andere Vermögensrechte wie Nutzungs- und Pfandrechte und andere vergleichbare Rechte;
- Anteilsrechte und andere Formen der Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen und Organisationen;
- Ansprüche auf Geld, das angelegt worden ist, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
- Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, wie Erfinderrechte einschließlich Patentrechte, Warenzeichen, gewerbliche Muster, Handelsmarken, Geschmacksmuster, Handelsnamen sowie technische Verfahren und Know-how;
- Rechte auf eine gewerbliche Tätigkeit einschließlich Rechte auf die Erkundung, Erschließung, Förderung oder Abbau natürlicher Ressourcen, die auf einer Genehmigung gemäß den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Gebiet die Kapitalanlagen getätigt werden, oder auf einer Genehmigung gemäß einer entsprechenden Vereinbarung beruhen;

- собственность, а также другие имущественные права, такие как права пользования, права залога и иные подобные права;
- права на долевое участие и другие формы участия в хозяйственных предприятиях и организациях;
- права требования по денежным средствам, вложенным для создания экономических ценностей, или услугам, имеющим экономическую ценность;
- авторские права, права промышленной собственности, такие как права на изобретения, включая права, вытекающие из патентов, товарные знаки, промышленные образцы, торговые знаки, полезные модели, фирменные наименования, а также технологии и „ноу-хау“;
- права на экономическую деятельность, включая права на разведку, разработку, добычу или эксплуатацию природных ресурсов, основывающиеся на разрешении согласно законодательству Договаривающейся Стороны, на территории которой осуществляются капиталовложения, или согласно соответствующему соглашению.

b) bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die eine Kapitalanlage nach Absatz 1 Buchstabe a dieses Artikels erbringt oder erbringen kann, insbesondere in Form von Gewinnen (Gewinnanteilen), Dividenden, Zinsen, Lizenzentgelten, Zahlungen für technische Hilfe und technische Serviceleistungen und anderen Entgelten;

b/ Термин „доходы“ означает суммы, которые получены или могут быть получены в результате капиталовложения, предусмотренного в подпункте „а“ пункта 1 настоящей статьи, в частности, в качестве прибыли / доли прибыли/, дивидендов, процентов, лицензионных вознаграждений, платежей за техническую помощь и техническое обслуживание и других вознаграждений.

c) bezeichnet der Begriff „Investor“ eine natürliche Person mit ständigem Wohnsitz oder eine juristische Person mit Sitz im jeweiligen Geltungsbereich dieses Vertrags, die berechtigt ist, Kapitalanlagen zu tätigen.

(2) Dieser Vertrag erstreckt sich auch auf die ausschließliche Wirtschaftszone und den Festlandsockel, über welche die jeweilige Vertragspartei in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zur Erforschung, Ausbeutung und Erhaltung natürlicher Ressourcen ausüben kann.

Artikel 2

(1) In Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften fördert jede der beiden Vertragsparteien in ihrem Gebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei, läßt diese Kapitalanlagen zu und behandelt sie in jedem Fall gerecht und billig.

(2) Kapitalanlagen und Erträge daraus genießen den vollen Schutz dieses Vertrags.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Gebiet nicht weniger günstig als Kapitalanlagen von Investoren dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Gebiet nicht weniger günstig als Investoren dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte und Vergünstigungen, die eine Vertragspartei gewährt

- im Zusammenhang mit der Zugehörigkeit zu einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einer Freihandelszone oder einem gemeinsamen Markt,
- aufgrund eines Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen.

(4) Unbeschadet der eigenen Rechtsvorschriften über gemeinsame Unternehmen mit Beteiligung ausländischer Investoren verpflichtet sich jede der beiden Vertragsparteien, keine diskriminierenden Maßnahmen gegen gemeinsame Unternehmen mit Beteiligung von Investoren der anderen Vertragspartei, gegen Kapitalanlagen solcher Investoren sowie deren mit Kapitalanlagen verbundene Betätigung zu treffen.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen Maßnahmen zur Enteignung einschließlich Verstaatlichung oder anderer Maßnahmen mit gleichartigen Auswirkungen im Gebiet der anderen Vertragspartei nur unterworfen werden, wenn diese Enteignungsmaßnahmen im öffentlichen Interesse unter Einhaltung des nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei festgelegten Verfahrens und gegen Entschädigung erfolgen. Derartige Maßnahmen dürfen nicht diskriminierend wirken.

c/ Термин „инвестор“ означает физическое лицо с постоянным местом жительства или юридическое лицо с местом пребывания в соответствующей сфере действия настоящего Договора, правомочное осуществлять капиталовложения.

2. Настоящий Договор распространяется также на исключительную экономическую зону и континентальный шельф, над которыми соответствующая Договаривающаяся Сторона может осуществлять в соответствии с международным правом суверенные права и юрисдикцию в целях разведки, разработки и сохранения природных ресурсов.

Статья 2

1. Каждая из Договаривающихся Сторон в соответствии со своим законодательством будет содействовать осуществлению на своей территории капиталовложений инвесторами другой Договаривающейся Стороны, разрешать такие капиталовложения и обращаться с ними в каждом случае со всей справедливостью.

2. Капиталовложения и доходы от них пользуются полной защитой настоящего Договора.

Статья 3

1. Каждая из Договаривающихся Сторон обеспечивает на своей территории в отношении капиталовложений инвесторов другой Договаривающейся Стороны режим не менее благоприятный, чем в отношении капиталовложений инвесторов третьих государств.

2. Каждая из Договаривающихся Сторон обеспечивает на своей территории в отношении инвесторов другой Договаривающейся Стороны в том, что касается их деятельности в связи с капиталовложениями, режим не менее благоприятный, чем в отношении инвесторов третьих государств.

3. Этот режим не распространяется на льготы и привилегии, которые Договаривающаяся Сторона предоставляет:

- в связи с участием в таможенном или экономическом союзе, зоне свободной торговли или общем рынке,
- на основании соглашения об избежании двойного налогообложения или других договоренностей по налоговым вопросам.

4. Без ущерба для своего законодательства о совместных предприятиях с участием иностранных инвесторов каждая из Договаривающихся Сторон обязуется не предпринимать дискриминационных мер в отношении совместных предприятий с участием инвесторов другой Договаривающейся Стороны, капиталовложений таких инвесторов, а также деятельности инвесторов, связанной с капиталовложениями.

Статья 4

1. Капиталовложения инвесторов одной Договаривающейся Стороны могут быть подвергнуты мерам по принудительному изъятию, включая национализацию или другие меры, аналогичные ей по своим последствиям, на территории другой Договаривающейся Стороны только в случаях, когда эти меры по принудительному изъятию осуществляются в общественных интересах при соблюдении порядка, установленного в соответствии с законодательством этой Договаривающейся Стороны, и с выплатой компенсации. Такие меры не должны носить дискриминационного характера.

(2) Die Entschädigung muß dem tatsächlichen Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß ohne unbegründete Verzögerung geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem im Gebiet der jeweiligen Vertragspartei geltenden Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein.

(3) Der Investor, dessen Kapitalanlage enteignet worden ist, hat das Recht, durch die Gerichte der Vertragspartei, die die Enteignungsmaßnahme getroffen hat, alle mit der Enteignung seiner Kapitalanlage zusammenhängenden Fragen einschließlich Verfahren und Umfang der Entschädigung gemäß ihren Rechtsvorschriften überprüfen zu lassen.

Unabhängig davon ist er berechtigt, zur Entscheidung von Streitigkeiten über Verfahren und Höhe der Entschädigung ein internationales Schiedsgericht nach Artikel 10 dieses Vertrags anzurufen.

(4) Hinsichtlich der in den Absätzen 1 bis 3 dieses Artikels geregelten Angelegenheiten genießen Investoren einer Vertragspartei und deren Kapitalanlagen im Gebiet der anderen Vertragspartei eine Behandlung, die den Bestimmungen des Artikels 3 dieses Vertrags entspricht.

(5) Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg, bewaffnete Auseinandersetzungen oder andere Ausnahmesituationen im Gebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden hinsichtlich der Zahlung von Entschädigungen oder sonstiger Formen des Schadenersatzes nicht diskriminiert und genießen Meistbegünstigung. Zahlungen und Ersatzleistungen müssen tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein.

Artikel 5

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer in konvertierbarer Währung der im Zusammenhang mit Kapitalanlagen stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) der Beträge der Kapitalanlage und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge aus der Kapitalanlage;
- c) der Beträge zur Rückzahlung von Darlehen in Bezug auf die Kapitalanlage;
- d) der dem Investor wegen partieller oder vollständiger Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage zustehenden Beträge;
- e) der in Artikel 4 dieses Vertrags vorgesehenen Entschädigungen.

(2) Der Transfer nach Absatz 1 dieses Artikels erfolgt entsprechend den banküblichen Verfahren ohne unbegründete Verzögerung, in jedem Fall jedoch nicht später als drei Monate nach entsprechender Antragstellung, zu dem am Tage des Transfers gültigen Wechselkurs.

Artikel 6

(1) Leistet eine Vertragspartei ihrem Investor Entschädigungszahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine

2. Kompensation, die der realen Wert des entzogenen Kapitalinvestments, einer bestimmten Summe unmittelbar vor dem Zeitpunkt, zu dem offiziell bekannt wurde, dass eine Enteignung stattgefunden hat oder droht, entsprechen muss. Die Entschädigung muss ohne unbegründete Verzögerung geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem im Gebiet der jeweiligen Vertragspartei geltenden Zinssatz zu verzinsen; sie muss tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein.

3. Der Investor, dessen Kapitalanlage enteignet wurde, hat das Recht, durch die Gerichte der Vertragspartei, die die Enteignungsmaßnahme getroffen hat, alle mit der Enteignung seiner Kapitalanlage zusammenhängenden Fragen einschließlich Verfahren und Umfang der Entschädigung gemäß ihren Rechtsvorschriften überprüfen zu lassen.

Unabhängig davon ist er berechtigt, zur Entscheidung von Streitigkeiten über Verfahren und Höhe der Entschädigung ein internationales Schiedsgericht nach Artikel 10 dieses Vertrags anzurufen.

(4) Hinsichtlich der in den Absätzen 1 bis 3 dieses Artikels geregelten Angelegenheiten genießen Investoren einer Vertragspartei und deren Kapitalanlagen im Gebiet der anderen Vertragspartei eine Behandlung, die den Bestimmungen des Artikels 3 dieses Vertrags entspricht.

(5) Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg, bewaffnete Auseinandersetzungen oder andere Ausnahmesituationen im Gebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden hinsichtlich der Zahlung von Entschädigungen oder sonstiger Formen des Schadenersatzes nicht diskriminiert und genießen Meistbegünstigung. Zahlungen und Ersatzleistungen müssen tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein.

Статья 5

1. Каждая из Договаривающихся Сторон гарантирует инвесторам другой Договаривающейся Стороны свободный перевод в конвертируемой валюте платежей в связи с капиталовложениями, в частности:

- a/ сумм капиталовложения и дополнительных сумм для поддержания или увеличения объема капиталовложения;
- b/ доходов от капиталовложения;
- c/ сумм, выплачиваемых в погашение займов, относящихся к капиталовложению;
- d/ сумм, причитающихся инвестору в связи с частичной или полной ликвидацией или продажей капиталовложения;
- e/ суммы компенсации, предусмотренной в статье 4 настоящего Договора.

2. Переводы, предусмотренные пунктом 1 настоящей статьи, осуществляются в соответствии с обычными банковскими процедурами без необоснованной задержки, однако в каждом случае не позднее трех месяцев после подачи соответствующей заявки и в соответствии с обменным курсом, действующим на дату перевода.

Статья 6

1. Если одна из Договаривающихся Сторон осуществляет выплату компенсации своему инвестору на основа-

Kapitalanlage im Gebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9 dieses Vertrags, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieses Investors kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Die andere Vertragspartei erkennt auch den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in diese Rechte oder Ansprüche an, welche die erstgenannte Vertragspartei im selben Umfang wie der Investor auszuüben berechtigt ist, wie wenn sie diesen nicht in diesem Rechtsverhältnis ersetzt hätte.

(2) Hat eine der Vertragsparteien, auf die diese Rechte oder Ansprüche nach Entschädigungszahlung übergegangen sind, ihren Investor beauftragt, alle ihre Rechte oder Ansprüche geltend zu machen, so kann diese Vertragspartei ihrerseits insoweit weder ein Gericht der anderen Vertragspartei noch ein internationales Schiedsgericht anrufen.

(3) Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten die Artikel 4 und 5 dieses Vertrags entsprechend.

Artikel 7

(1) Wenn eine andere internationale Übereinkunft, an der sich beide Vertragsparteien beteiligen oder in Zukunft beteiligen werden, oder die Rechtsvorschriften einer Vertragspartei eine Bestimmung vorsehen, gemäß der die Kapitalanlagen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag genießen, so geht diese Bestimmung den entsprechenden Bestimmungen dieses Vertrags vor.

(2) Jede Vertragspartei hält jede andere Verpflichtung ein, die sie in Bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Gebiet übernimmt.

Artikel 8

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die von Investoren der einen Vertragspartei gemäß den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei auf deren Gebiet seit dem 25. September 1955 getätigt worden sind.

Artikel 9

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Vertragsparteien bezüglich der Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags werden nach Möglichkeit auf dem Verhandlungsweg beigelegt.

(2) Wird eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt, so wird sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zur Entscheidung unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder des Schiedsgerichts sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt

hien гарантии капиталовложения, осуществленного последним на территории другой Договаривающейся Стороны, то эта другая Договаривающаяся Сторона, без ущемления для вытекающих из статьи 9 настоящего Договора прав первой Договаривающейся Стороны, будет признавать в силу закона или договора передачу всех прав или требований этого инвестора первой Договаривающейся Стороне. Другая Договаривающаяся Сторона признает также вступление первой Договаривающейся Стороны в эти права или требования, которые первая Договаривающаяся Сторона вправе осуществлять в таком же объеме, что и инвестор, как если бы она не заменила его в данном правоотношении.

2. Если одна из Договаривающихся Сторон, которой были переданы эти права или требования после выплаты компенсации, поручает своему инвестору осуществление всех своих прав или требований, то эта Договаривающаяся Сторона в свою очередь в их пределах не может обращаться ни в суд другой Договаривающейся Стороны, ни в международный третейский суд.

3. В отношении перевода платежей, осуществляемых на основании переданных прав требования, действуют соответственно статьи 4 и 5 настоящего Договора.

Статья 7

1. Если другое международное соглашение, участниками которого являются обе Договаривающиеся Стороны или участниками которого они могут стать в будущем, или законодательство одной Договаривающейся Стороны предусматривают положение, согласно которому капиталовложения инвесторов другой Договаривающейся Стороны пользуются более благоприятным отношением, чем по настоящему Договору, то такое положение будет иметь преимущество перед соответствующими положениями настоящего Договора.

2. Каждая из Договаривающихся Сторон соблюдает любое другое обязательство, которое она принимает на себя в отношении капиталовложений инвесторов другой Договаривающейся Стороны на своей территории.

Статья 8

Настоящий Договор действует также в отношении капиталовложений, которые были осуществлены инвесторами одной Договаривающейся Стороны в соответствии с законодательством другой Договаривающейся Стороны на ее территории начиная с 25 сентября 1955 года.

Статья 9

1. Споры между обеими Договаривающимися Сторонами относительно толкования или применения настоящего Договора, по возможности, будут решаться путем переговоров.

2. Если спор не будет урегулирован таким путем, то по требованию одной из Договаривающихся Сторон он передается на решение третейского суда.

3. Третейский суд создается для каждого конкретного случая, причем каждая Договаривающаяся Сторона назначает по одному члену третейского суда, и оба члена третейского суда совместно договариваются о кандидатуре гражданина третьего государства, который назначается Договаривающимися Сторонами в качестве председателя третейского суда. Члены третейского суда должны

hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht zur Entscheidung unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 dieses Artikels genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Die Entscheidung ist bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten im Zusammenhang mit der Tätigkeit ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf eine Kapitalanlage zwischen einer Vertragspartei und dem Investor der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Wird eine Meinungsverschiedenheit über Umfang und Verfahren der Entschädigung nach Artikel 4 dieses Vertrags oder den freien Transfer nach Artikel 5 dieses Vertrags innerhalb von sechs Monaten nach ihrer Geltendmachung durch eine der Streitparteien nicht beigelegt, so ist jede der Streitparteien berechtigt, ein internationales Schiedsgericht anzurufen.

(3) Die in Absatz 2 dieses Artikels getroffene Regelung gilt auch für Meinungsverschiedenheiten über solche Angelegenheiten, für die die Streitparteien ein Schiedsverfahren vereinbart haben.

(4) Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 9 Absätze 3 bis 5 dieses Vertrags sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 9 Absatz 3 dieses Vertrags genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Vorsitzenden des Internationalen Schiedsgerichts bei der Handelskammer in Stockholm bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

Der Schiedsspruch wird anerkannt und vollstreckt nach Maßgabe des Übereinkommens vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.

(5) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Investor der anderen Vertragspartei, der nach Artikel 6 Absatz 2 dieses Vertrags beauftragt worden ist, alle Rechte und Ansprüche geltend zu machen, eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aufgrund einer Gewährleistung gemäß Artikel 6 dieses Vertrags erhalten hat.

Artikel 11

Entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieser Vertrag in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

быть назначены в течение двух месяцев, а председатель третейского суда — в течение трех месяцев с момента, когда одна из Договаривающихся Сторон сообщит другой Договаривающейся Стороне о своем намерении передать спор на решение третейского суда.

4. Если сроки, указанные в пункте 3 настоящей статьи, не будут выдержаны, то при отсутствии иной договоренности каждая из Договаривающихся Сторон может обратиться к председателю Международного Суда ООН с просьбой осуществить необходимые назначения.

5. Третейский суд выносит свое решение большинством голосов. Это решение имеет обязательную силу. Каждая из Договаривающихся Сторон несет расходы, связанные с деятельностью назначенного ею члена третейского суда, а также по своему представительству в арбитражном процессе; расходы, связанные с деятельностью председателя третейского суда, а также прочие расходы Договаривающиеся Стороны несут в равных долях. По всем остальным вопросам третейский суд определяет порядок своей работы самостоятельно.

Статья 10

1. Споры в связи с капиталовложениями между одной Договаривающейся Стороной и инвестором другой Договаривающейся Стороны по возможности должны регулироваться сторонами в споре дружественным путем.

2. Если спор о размере и порядке выплаты компенсации согласно статье 4 настоящего Договора или свободном переводе согласно статье 5 настоящего Договора не будет урегулирован в течение шести месяцев с момента заявления о нем одной из сторон в споре, то каждая из сторон в споре имеет право обратиться в международный третейский суд.

3. Регулирование, предусмотренное в пункте 2 настоящей статьи, распространяется также и на споры по тем вопросам, в отношении которых стороны в споре договорились об их рассмотрении в третейском суде.

4. Если стороны в споре не достигнут иной договоренности, следует применять соответственно пункты 3—5 статьи 9 настоящего Договора таким образом, чтобы назначение членов третейского суда осуществлялось сторонами в споре и чтобы каждая сторона в споре, в случае отсутствия иной договоренности, могла просить председателя Арбитражного института Стокгольмской торговой палаты сделать необходимые назначения, если указанные в пункте 3 статьи 9 настоящего Договора сроки не соблюдаются.

Решения третейского суда признаются и приводятся в исполнение в соответствии с Конвенцией о признании и приведении в исполнение иностранных арбитражных решений от 10 июня 1958 г.

5. Участвующая в споре Договаривающаяся Сторона не будет во время третейского разбирательства или исполнения решения третейского суда выдвигать в качестве аргумента то, что инвестор другой Договаривающейся Стороны, уполномоченный в соответствии с пунктом 2 статьи 6 настоящего Договора осуществлять все права и требования, получил частичную или полную компенсацию за понесенный ущерб на основании гарантии, предусмотренной в статье 6 настоящего Договора.

Статья 11

В согласии с Четырехсторонним Соглашением от 3 сентября 1971 г. настоящий Договор будет распространяться в соответствии с установленными процедурами на Берлин /Западный/.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Moskau ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt fünfzehn Jahre lang in Kraft. Sofern nicht eine Vertragspartei den Vertrag mit einer Frist von mindestens zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt, verlängert sich dieser Vertrag ohne weiteres solange, bis eine der Vertragsparteien die andere schriftlich von ihrer Absicht in Kenntnis setzt, diesen Vertrag außer Kraft zu setzen. In diesem Fall tritt der Vertrag zwölf Monate nach Eingang der Kündigungserklärung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Bestimmungen der Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 13. Juni 1989 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Im Namen der Bundesrepublik Deutschland
От имени Федеративной Республики Германии
Hans-Dietrich Genscher

Im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
От имени Союза Советских Социалистических Республик
E. Schewardnadse

Статья 12

Настоящий Договор действует независимо от того, существуют ли между обеими Договаривающимися Сторонами дипломатические или консульские отношения.

Статья 13

1. Настоящий Договор подлежит ратификации; обмен ратификационными грамотами будет осуществлен в Москве в возможно короткий срок.

2. Настоящий Договор вступит в силу через один месяц после обмена ратификационными грамотами. Он будет действовать в течение пятнадцати лет. Если ни одна из Договаривающихся Сторон не заявит в письменной форме о денонсации настоящего Договора по меньшей мере за двенадцать месяцев до истечения срока его действия, настоящий Договор автоматически продлевается до тех пор, пока одна из Договаривающихся Сторон письменно не уведомит другую Договаривающуюся Сторону о своем намерении прекратить действие настоящего Договора. В этом случае действие Договора прекратится через двенадцать месяцев с даты получения другой Договаривающейся Стороной уведомления о денонсации.

3. В отношении капиталовложений, осуществленных до момента прекращения действия настоящего Договора, положения статей 1-12 будут оставаться в силе в течение дальнейших двадцати лет со дня прекращения действия Договора.

Совершено в Бонне 13 июня 1989 г. в двух подлинных экземплярах, каждый на немецком и русском языках, причем оба текста имеют одинаковую силу.

**Protokoll
zum Vertrag der Bundesrepublik Deutschland
und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
über die Förderung und den gegenseitigen
Schutz von Kapitalanlagen**

Bei der Unterzeichnung des Vertrags der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wurden von den Vertragsparteien folgende Bestimmungen vereinbart, die Bestandteile des Vertrags sind:

(1) Zu Artikel 1

Der Begriff „Investor“ umfaßt auch Gesellschaften, Verbände und Vereinigungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, gleichviel ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

(2) Zu Artikel 3

a) Als „Betätigung“ im Sinne von Artikel 3 ist insbesondere jegliche wirtschaftliche Nutzung und Verwaltung von Kapitalanlagen sowie die Verfügung darüber anzusehen.

b) Die in Artikel 3 Absätze 1 und 2 vorgesehene Behandlung bezieht sich ferner nicht auf Vorrechte und Vergünstigungen, die eine Vertragspartei gewährt im Zusammenhang mit der Beteiligung an einer Organisation für gegenseitige Wirtschaftshilfe oder aufgrund einer vor der Unterzeichnung des Vertrags in Kraft getretenen internationalen Übereinkunft, die vergleichbare Bestimmungen vorsieht, wie sie den Mitgliedern der genannten Organisation von einer Vertragspartei gewährt werden.

c) Als „diskriminierende Maßnahmen“ im Sinne von Artikel 3 Absatz 4 sind insbesondere anzusehen ungerechtfertigte Einschränkungen beim Bezug von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen, Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, Behinderungen beim Absatz der Erzeugnisse und bei der Inanspruchnahme von Krediten sowie Beschränkungen bei der Beschäftigung von Personal und sonstige Maßnahmen ähnlicher Wirkung.

Maßnahmen, die im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Sittlichkeit oder des Gesundheitsschutzes zu treffen sind, gelten nicht als „diskriminierende Maßnahmen“.

(3) Zu Artikel 4

Der Investor hat Anspruch auf Entschädigung auch bei einer durch die andere Vertragspartei vorgenommenen Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Unternehmens, an dem er beteiligt ist, wenn dadurch seine Kapitalanlage erheblich beeinträchtigt ist. Bei Meinungsverschiedenheiten hierüber zwischen dem Investor und der anderen Vertragspartei gelten die Bestimmungen des Artikels 10 entsprechend.

(4) Bei der Beförderung von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen und -organisationen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

**Протокол
к Договору Федеративной Республики Германии
и Союза Советских Социалистических Республик
о содействии осуществлению и взаимной защите
капиталовложений**

При подписании Договора Федеративной Республики Германии и Союза Советских Социалистических Республик о содействии осуществлению и взаимной защите капиталовложений Договаривающиеся Стороны согласились о нижеследующих положениях, являющихся составной частью этого Договора:

1. К статье 1

Термин „инвестор“ означает также общества, союзы и объединения, имеющие или не имеющие права юридического лица, независимо от того, направлена ли их деятельность на получение прибыли или нет.

2. К статье 3

a/ В качестве „деятельности“ в смысле статьи 3 следует рассматривать, в частности, любое хозяйственное использование капиталовложений, управление, а также распоряжение ими.

b/ Режим, предусмотренный в пунктах 1 и 2 статьи 3, также не распространяется на льготы и преимущества, которые Договаривающаяся Сторона предоставляет в связи с участием в организации экономической взаимопомощи или в соответствии с международным соглашением, предусматривающим положения, подобные тем, которые предоставляются Договаривающейся Стороной участникам указанной организации, и вступившим в силу до даты подписания настоящего Договора.

c/ В качестве „дискриминационных мер“ в смысле пункта 4 статьи 3 следует рассматривать, в частности, необоснованные ограничения в приобретении сырья и вспомогательных материалов, энергии и топлива, всех видов средств производства и оборотных средств, препятствия сбыту продукции, использованию кредитов, а также ограничения в работе персонала и прочие меры с аналогичными последствиями.

Меры, предпринимаемые в интересах общественного порядка и безопасности, нравственности или охраны здоровья, не считаются „дискриминационными мерами“.

3. К статье 4

Инвестор имеет право требования компенсации также и в случаях причинения другой Договаривающейся Стороной ущерба хозяйственной деятельности предприятия с его долевым участием, если тем самым причиняется существенный ущерб его капиталовложению. В случае возникновения споров по этим основаниям между инвестором и другой Договаривающейся Стороной действуют соответственно положения статьи 10.

4. При перевозке грузов и лиц в связи с капиталовложением ни одна из Договаривающихся Сторон не будет запрещать или препятствовать транспортным предприятиям и организациям другой Договаривающейся Стороны в осуществлении транспортных операций и будет по мере необходимости выдавать разрешения на выполнение этих перевозок.

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Der deutsch-sowjetische Investitionsförderungs- und -schutzvertrag dient dem Ziel, die beiderseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen, indem er günstige Bedingungen für Kapitalanlagen schafft. Die Gründung gemeinsamer Unternehmen („joint ventures“) ist nach Auffassung beider Seiten zudem geeignet, die Wirtschaftsreform in der Sowjetunion zu unterstützen. Durch Gesetze über ausländische Investitionen hat die Sowjetunion die Grundlagen für Gemeinschaftsunternehmen geschaffen. Der völkerrechtliche Vertrag gewährt den Kapitalanlagen darüber hinausgehend einen umfassenden und dauerhaften Rechtsschutz. Dadurch können deutsch-sowjetische Unternehmensverflechtungen zusätzlich stimuliert werden.

Der Vertrag ist ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Bundesgarantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und -schutzvertrag besteht.

Der deutsch-sowjetische Investitionsförderungs- und -schutzvertrag entspricht im wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage der entsprechenden Verträge mit anderen osteuropäischen Staaten (Bulgarien, Rumänien, Ungarn) war.

II. Zu den Vertragsbestimmungen

Der Vertrag besteht aus 13 Artikeln und einem Protokoll.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlage“, „Erträge“ und „Investor“. Einbezogen werden alle Arten von Vermögenswerten, die gemäß den innerstaatlichen Rechtsvorschriften von Investoren aus dem anderen Vertragsstaat angelegt werden, sowie die Erträge hieraus. Investoren sind natürliche Personen mit ständigem Wohnsitz bzw. juristische Personen mit Sitz im jeweiligen Geltungsbereich des Vertrags. Diese Formel entspricht im wesentlichen der Definition im deutsch-sowjetischen Doppelbesteuerungsabkommen vom 24. November 1981 (BGBl. 1983 II S. 2). Nach Protokollnummer 1 werden auch Gesellschaften oder Vereinigungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit in den Vertrag einbezogen.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungsklausel und das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung.

Zu Artikel 3

Hier ist der Grundsatz der Meistbegünstigung niedergelegt. Die Protokollnummern 2a und b enthalten dazu Erläuterungen und Klarstellungen. Darüber hinaus enthält die Bestimmung die generelle Verpflichtung,

keine diskriminierenden Maßnahmen gegen gemeinsame Unternehmen bzw. gegen Investoren und deren Kapitalanlagen zu treffen. Diese Verpflichtung wurde anstelle des sonst üblichen Gebots der Inländerbehandlung aufgenommen. In der Sowjetunion genießen Unternehmen mit ausländischer Beteiligung eine Sonderstellung gegenüber den Staatsbetrieben. Eine Inländerbehandlung hätte daher aus sowjetischer Sicht hierzu im Widerspruch gestanden. Das Gebot der Nichtdiskriminierung dient wie die Inländerbehandlung dazu, Wettbewerbsnachteile gegenüber einheimischen Unternehmen zu vermeiden. Um hier zusätzliche Sicherheit zu schaffen, wurde das Diskriminierungsverbot in der Protokollnummer 2c durch Aufzählung der wichtigsten Anwendungsfälle, die für eine unternehmerische Tätigkeit von Bedeutung sind, näher konkretisiert.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung behandelt den Enteignungsschutz sowie die Entschädigungspflicht und den gerichtlichen Rechtsschutz bei Enteignungsmaßnahmen. Eine Enteignung oder Verstaatlichung ist nur im öffentlichen Interesse und im Rahmen des dafür vorgesehenen Rechtsverfahrens zulässig. Die Maßnahme darf nicht diskriminierend wirken. Im Falle einer Enteignung besteht Anspruch auf unverzügliche wertentsprechende Entschädigung und bei Zahlungsverzug Anspruch auf Zinsen. Die Entschädigungspflicht erstreckt sich nicht nur auf unmittelbare Eingriffe in die Kapitalanlage als solche, sondern gemäß Protokollnummer 3 auch auf staatliche Eingriffe in das Unternehmen, wenn dadurch die Kapitalanlage mittelbar beeinträchtigt wird. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge Krieg oder sonstiger Ausnahmesituationen wird Nichtdiskriminierung und Meistbegünstigung zugesichert.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung enthält das wichtige Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen. Der Transfer ist entsprechend den banküblichen Verfahren ohne unbegründete Verzögerung, spätestens binnen drei Monaten, zu dem am Tage des Transfers gültigen Wechselkurs durchzuführen.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation. Sie stellt sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie gegen politische Risiken die auf sie übergegangenen Rechte und Ansprüche des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann.

Zu Artikel 7

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es aufgrund einer anderen völkerrechtlichen Übereinkunft oder nach dem Recht des Anlagelandes, gehen vor

(sog. Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragsparteien zu, daß sie dem Investor gegenüber übernommene Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 8

Der Vertrag gilt auch für sog. Altinvestitionen, die nach dem 25. September 1955 (Tag der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen) vorgenommen worden sind.

Zu Artikel 9

Die Bestimmung sieht das übliche Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags vor.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel sieht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und der jeweiligen Vertragspartei vor. Das Schiedsgericht kann angerufen werden bei Streitigkeiten über die Höhe und Zahlung einer Enteignungsentschädigung, über Fragen im Zusammenhang mit der Durchführung des Transfers nach Artikel 5 und über sonstige Fragen, sofern die Streitparteien dies vereinbart haben.

Zu Artikel 11

Der Vertrag enthält die in Verträgen mit osteuropäischen Staaten übliche Berlin-Klausel (die sog. Frank-Falin-Klausel).

Zu Artikel 12

Der Vertrag enthält die übliche Fortgeltungsklausel, falls keine diplomatischen Beziehungen bestehen sollten.

Zu Artikel 13

Der Vertrag steht unter dem Vorbehalt der Ratifikation. Nach dem Inkrafttreten gilt der Vertrag zunächst für fünfzehn Jahre und wird sodann — mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist — auf unbestimmte Zeit verlängert. Im Falle einer Kündigung bleiben die bis zum Außerkrafttreten des Vertrags vorgenommenen Kapitalanlagen noch weitere zwanzig Jahre lang geschützt.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen, die Bestandteil des Vertrags sind. Abgesehen von den im Zusammenhang mit den jeweiligen Artikeln erwähnten Bestimmungen enthält das Protokoll in Nummer 4 ein Diskriminierungsverbot bei Beförderungen von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

10.11.89

Stellungnahme

des Bundesrates

zum

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 13. Juni 1989 der
Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen
Schutz von Kapitalanlagen

Der Bundesrat hat in seiner 606. Sitzung am 10. November 1989
gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen
den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.